



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/228 - 3.10.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Im Vorraum von Genf	S. 1
Parteitage der Tories und Labours	S. 3
Der Kanzler in der Saarfrage isoliert	S. 5
Anhaltender Flüchtlingsstrom	S. 7
<u>Anhang:</u> Kommuniqué des Parteivorstandes	

Was die Opposition befürchtet

sp - Nur mit großer Anstrengung hat es die sozialdemokratische Bundestagsfraktion durchgesetzt, dass in Gegenwart des Bundeskanzlers am 12. Oktober im Außenpolitischen Ausschuss eine gründliche Aussprache zur Vorbereitung der Genfer Außenministerkonferenz stattfindet. Die CDU hatte noch am Freitagabend Nein zu einer solchen Sitzung gesagt.

Die Bundesregierung hat bisher nicht erkennen lassen - und die Erklärungen des Bundeskanzlers am Wochenende vor der CDU/CSU-Fraktion haben diesen Eindruck bestätigt - dass sie die außenpolitische Situation nach der Moskauer-Reise Adenauers in einer irgendwie neuen Beleuchtung sieht. Wenn der Kanzler nachdrücklich unterstrichen hat, die Bundesrepublik sei ein treuer und zuverlässiger Partner des Westens, so hat er damit auch nach sozialdemokratischer Auffassung nur eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen, nachdem seinerzeit die deutschen Unterschriften unter die Pariser Verträge gegeben wurden. Der Regierung ist nie zugemutet worden, sich hinsichtlich dieser Verträge illoyal zu verhalten. Es geht lediglich darum, die in ihnen selbst vorgesehene Möglichkeit einer Revision gemeinsam mit den Westmächten zu prüfen, um der nach dem Moskauer Abkommen veränderten Situation Rechnung zu tragen.

Diese Situation ist verändert. Die russische Position in der Deutschlandfrage ist z.B. schon dadurch sichtbar verstärkt, dass die Sowjetunion als einzige Besatzungsmacht durch ihre Botschafter in Pankow und künftig auch in Bonn auf zwei völlig verschiedenen Ebenen operieren kann. Moskau hat außerdem die hochoffizielle Bestätigung dafür gebracht, dass die Pariser Verträge das ernsteste Hindernis auf dem Wege zur deutschen Wiedervereinigung sind. Deshalb muss sich jede Bemühung in dieser deutschen Lebensfrage, die eine gewisse Aussicht auf Erfolg haben soll, vorallem mit diesem Vertragswerk befassen.

Die Aussichten für Genf sind zur Zeit nicht besonders günstig. Abgesehen davon, dass unverbindlich einige Möglichkeiten, den Inhalt der Verträge sowjetischen Wünschen und Bedürfnissen anzupassen, in die öffentliche Diskussion geworfen worden sind, liegt eine amtliche Stellungnahme der drei Westmächte oder nur einer von ihnen, die etwas wirklich Neues aufweist, nicht vor. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, dass zwei Ereignisse die Aktivität des Westens in jüngster Zeit merklich gelähmt haben, die schwere Erkrankung Eisenhowers und der demonstrative, wenn auch noch nicht endgültige Auszug der Franzosen aus der Vollversammlung der UNO. Diese momentane Schwächung der Verhandlungsposition des Westens aber macht eine Initiative der Bundesregierung in der Wiedervereinigungsfrage nur umso notwendiger. Andernfalls besteht die Gefahr, dass in Genf die Abrüstungsfrage - sie ist der zweite Tagesordnungspunkt der Konferenz - absoluten Vorrang vor der deutschen Frage erhält.

Auf dieser Erkenntnis beruht das unverdrossene Drängen der Opposition, zu einer gemeinsamen Analyse, und, wenn möglich, auch zu gemeinsamen Schlußfolgerungen daraus zu kommen. Insofern stimmt es schon, wenn man von dem sozialdemokratischen Bemühen um eine gemeinsame Außenpolitik spricht. Aber in der letzten Bundestagsdebatte gab es bei der Koalition nicht einmal die Idee eines Versuches, die Lage nach Moskau gründlich zu untersuchen. Darin waren sich alle politischen Beobachter einig. Fürchtete man vielleicht, auf diese Weise fast zwangsläufig in eine größere Nähe der sozialdemokratischen Vorstellungen von dem, was außenpolitisch notwendig ist, gedrängt zu werden?

Bei dem Fehlen einer entschlossenen, von einer gemeinsamen Anstrengung getragenen deutschen Initiative schon vor Genf kann es in Genf leicht wieder zu einer Vertagung des wichtigsten deutschen Anliegens kommen. Dann bliebe zwar immer noch die Möglichkeit, sich in der Abrüstung näherzukommen. Angesichts der allgemeinen Entspannungstendenzen bestünde dafür sogar eine gewisse reale Chance. Deutschland freilich hätte mit seiner Hauptsorge das Nachsehen. Es wäre nämlich nicht zu sehen, wie das Gespräch über dieses heikelste Thema der internationalen Politik nach einer neuerlichen Vertagung in absehbarer Zeit wieder in Gang kommen sollte. Die weitere Verstärkung der deutschen Spaltung wäre die unausbleibliche Folge.

3.10.1955

Wirtschaftspolitik im Vordergrund

F.S., London

Zum ersten Male seit vielen Jahren wird die Jahresversammlung der Konservativen, am 6. Oktober, vor der Konferenz der Arbeiterpartei eröffnet. Wenn die Wahl-Siegesfeier der Tories am kommenden Sonnabend in Bournemouth abschliesst, wird sich in Margate am gleichen Tage die Parteileitung Labours zu Vortragsreden eingefunden haben. Der Parteitag wird am Sonntag morgens durch einen Gottesdienst, abends durch eine Massenversammlung, eingeleitet und am Montag, dem 10. Oktober, offiziell eröffnet. Der "Brot und Butter" Kongress, den die Gewerkschaften vor wenigen Wochen hatten, wird die Verhandlungen der beiden politischen Organisationen wesentlich beeinflussen.

Die Resolutionen, die zu beiden Parteitagen eingingen, lassen erkennen, dass die großen außenpolitischen Probleme von der Mitgliedschaft unbeachtet blieben. In den rund 300 Anträgen der Konservativen und 400 Resolutionen Labours sind jeweils nicht mehr als 15 Veröffentlichungen zu finden, die sich mit der auswärtigen Politik beschäftigen. Die Konservativen behandeln mit Vorliebe Angelegenheiten des Commonwealth, die Organisationen Labours nehmen in mehreren Anträgen gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Stellung. Aber diese Frage wird auch nicht annähernd zu den heftigen Auseinandersetzungen führen, wie sie ähnliche Debatten auf vergangenen Parteitagen Labours auslösten. Immerhin war es bemerkenswert, dass sich fast die gesamte britische Presse über das Resultat einer Abstimmung des Gewerkschaftskongresses ausschwieg, der sich nur mit einer schwachen Mehrheit von 1.900.000 Stimmen (4.402.000 : 3.212.000) für die Aufrüstung entschied.

Die konservativen Resolutionen sind überladen mit Glückwünschen für Parteileitung und Regierung. Die Anträge Labours suchen um so mehr nach den Gründen, die zur Wahlniederlage führten. In dem Bericht einer von der Parteileitung ernannten Vierer-Kommission wird vornehmlich die erstarrte und nicht modernisierte Schlagkraft der Organisation als ein wesentlicher Faktor, der zur Niederlage führte, verantwortlich gemacht.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Delegierten während einer vertraulichen Sitzung mit diesem Bericht, der ihnen in bereits abgeschwächter Form vorliegen wird, abfinden.

Beide Konferenzen werden sich vornehmlich mit der wirtschaftlichen Situation auseinandersetzen müssen. Auf der konservativen Tagung wird die Debatte durch einen Antrag eingeleitet, der von der Regierung alle Massnahmen fordert, die geeignet sind, "die Gefahren einer Inflation auszumerzen". Wie ein roter Faden zieht sich durch die Agenda der Labourkonferenz die Forderung nach einer "Unterscheidung zwischen dem gegenwärtigen kapitalistischen System und einer sozialistischen Gesellschaftsordnung". "Vollbeschäftigung und ein anständiges Begräbnis sind nicht ausreichend", um die "wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten in einer kapitalistischen Gesellschaft" auszugleichen. Die Tories heben insbesondere das System der Teilhaberschaft und der Gewinnbeteiligung der Arbeiter anstelle einer nationalisierten Industrie hervor. Zum ersten Male nehmen die Orts- und Bezirksorganisationen der Labour Party zu dieser konservativen, auch von Ministerpräsident Eden benutzten Propaganda Stellung und lehnen sie in allen Anträgen ab.

Auch der Parteitag Labours wird sich mit der Frage der Lohnerhöhungen zu beschäftigen haben, zu der schon die Gewerkschaften Stellung nahmen, als der Kongress die wilden Streiks und die beantragte "Opposition gegen jede Form der Zurückhaltung in Lohnforderungen" ablehnte. Vielfach hat die in- und ausländische Presse lediglich diese Stellungnahme bekannt gegeben, aber einen angenommenen Antrag verschwiegen, der die Gewerkschaftsleitungen erneut verpflichtet, "den Lohnstandard und die Arbeitsbedingungen nach eigenem Ermessen zu schützen und zu verbessern".

Ministerpräsident Eden wird als Parteiführer die Churchill'sche Tradition aufrecht erhalten und erst nach Abschluss des Parteitages, an dessen Beschlüsse er nicht gebunden ist, während einer Kundgebung in Erscheinung treten. Oppositionsführer Attlee dagegen beabsichtigt, vom Anfang der Konferenz bis zu ihrem Ende anwesend zu sein, den Bericht der Parlamentsfraktion zu erstatten und in einem besonderen Referat über das Thema "Weltabrüstung" zu sprechen.

Bonner Saarstatut - Dämmerung

FB. Die Saarfrage ist, nachdem Moskau und Genf das Feld beherrschten, wieder aktuell geworden. Nicht nur, weil der Abstimmungstag, der 23. Oktober, immer näher rückt und im Saarland die letzte Phase des Abstimmungskampfes begonnen hat, sondern weil sich auch in der Bundesrepublik ein bemerkenswerter Wandel in der Beurteilung der Saarpolitik vollzieht, soweit es die CDU betrifft.

Im Grunde genommen war es immer des Kanzlers Partei allein, die das Saarstatut bejahte, denn die wenigen FDP- und DF-Stimmen votierten für Dr. Adenauer, nicht aber für das Saarstatut. Aber selbst in der CDU war es niemals so, dass Dr. Adenauer den uneingeschränkten Beifall seiner Parteifreunde fand. Im Gegenteil, wenn man es in der CDU erstmalig wagte, dem Bundeskanzler zu widersprechen, dann war es in der Saarfrage. Und gerade in den letzten Wochen ist die Zahl der deutschen CDU-Nein-Sager in der Bundesrepublik erheblich gewachsen. In Bockum noch durfte der Kanzler es wagen, die Saarländer zu einem Ja zum Saarstatut aufzufordern, mit der Gewissheit, dafür auch die obligatorischen Einheits-Entschliessungen seiner Partei zu erhalten. Heute ist dem nicht mehr so.

Es ist bezeichnend, wie der Deutschland-Union-Dienst der CDU über die Tagung der Spitzengremien dieser Partei am 30.9. und 1.10. berichtet. Danach erklärte der Kanzler, dass das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nach wie vor die Grundlage der europäischen Politik und der europäischen Integration sei. Wörtlich führte Dr. Adenauer nach dem DUD-Dienst aus:

"Es stehen so große Fragen vor uns, dass man verlangen muss, dass auch durch die Entscheidung an der Saar die weitere europäische Entwicklung nicht beeinträchtigt wird."

Warum diese reichlich delphischen Auslassungen, zumal bekannt ist, dass Dr. Adenauer ganz etwas anderes darunter versteckt als alle anderen deutschen Parteien in der Bundesrepublik und an der Saar, die der Meinung sind, dass gerade ein Ja zum Saarstatut die europäische

Entwicklung nachteilig beeinträchtigen würde. Man scheut sich doch sonst nicht, den "begeisterten Beifall" und die "Einstimmigkeit" gebührend zu registrieren.

Nun, diese vorsichtigen Formulierungen haben ihre Ursache in der Rebellion, die innerhalb der CDU in der Saarfrage ausgebrochen ist. Es ist bekannt, dass die CDU von Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg immer schon gegen diese Politik gewesen sind. Wenn man aber das Abstimmungsergebnis der Vorstandssitzung der CDU vom Freitag, den 30. September kennt, dann kann man feststellen, dass der Kanzler fast allein geblieben ist. Der Deutschland-Union-Dienst wird es sicherlich pflichtschuldigst "dementieren". Es dürfte trotzdem feststehen, dass im Bundespartei Vorstand der CDU von 30 Anwesenden nur vier mit einem absoluten Kanzler-Ja zur Saarpolitik votierten, während fünf der Abstimmung fernblieben, sechs sich der Stimme enthielten und fünfzehn sich überhaupt nicht an der Abstimmung beteiligten.

Wie groß der Meinungswandel in der CDU ist, hat nicht zuletzt Prof. Dr. Süsterhenn bewiesen, der - bisher einer der treuesten Anhänger des Kanzlers - am Sonntag auf einem Kongress deutscher Föderalisten im Hinblick auf das Saarstatut feststellte:

"Wenn mir ein Referendar einen solch' lückenhaften Vertragsentwurf geliefert hätte, dann hätte ich ihn zurückgegeben."

Man soll diese Entwicklung nicht etwa mit Schadenfreude zur Kenntnis nehmen, sondern es dankbar begrüßen, dass endlich auch in der CDU die Saarfrage in einer den deutschen Interessen dienenden Beurteilung gesehen wird.

Auf dem Wochenendparteitag der CVP des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, der sich sein Ja zum Saarstatut mit 798 von insgesamt 803 Stimmen bestätigen liess, hat ein gefühlvoller Kreisvorsitzender gezeit:

"Hoffmann sei die gottgewollte Autorität, sie soll es auch in Zukunft bleiben."

Die saarländische Bevölkerung wird am 23. Oktober diesen Kimbus des Gottesgnadentums zerstören. Die bundesrepublikanische CDU hat ein gleiches schon jetzt getan.

Der Flüchtlingsstrom steigt wieder

H.K. Im Monat September waren es wieder über 30 000 Flüchtlinge aus der Sowjetzone, die in den Flüchtlingslagern Berlin, Ulzen und Giessen zur Notaufnahme nachgesucht haben. Im August waren es 25 000, und schon das waren 6 000 mehr als im Juli. Freilich, noch sind nicht die Rekordziffern vom März und April 1953 erreicht, aber der Ausgangspunkt jenes Jahres ist um fast das Doppelte übertroffen. Dazu kommt noch die Legalisierung der bisherigen "Illegalen" in West-Berlin. Ohne Zweifel steigt mit dem sozialen und politischen Druck in der Zone und der anhaltenden Versorgungs- und Versorgungskrise der Flüchtlingsstrom. Er ist zugleich das Barometer nicht erfüllter Hoffnungen in der Frage der Wiedervereinigung. Die Frage "Wie lange sollen wir noch aushalten?" beantworten die Menschen in der Zone heute auf ihre Weise. Sie haben es endgültig satt.

Das Auf und Ab des Flüchtlingsstromes ist immer ein Spiegelbild der Situation in der Zone, aber auch der gesamtdeutschen Politik gewesen. Bis 1949 war der Ursprung der Flucht in überwiegend Masse die prinzipielle Gegnerschaft zum Regime. Von damals bis 1952 waren es dann die Säuberungen des politischen und wirtschaftlichen Apparates der Zone, die auch bisherige Funktionäre mit dem Regime in Konflikt brachten, denen nur die Möglichkeit zur Flucht als letzter Ausweg blieb. Seit 1953 aber begannen die sozialen Veränderungen, die Sowjetisierung im breiten Masse, zu wirken. Der Flüchtlingsstrom begann das Ausmass einer Auswanderung anzunehmen. Der neue Kurs brachte ein zeitweises Abstoppen. Damit ist es jetzt eindeutig zu Ende.

Neben 50 Prozent Jugendlichen, die im August in Berlin eintrafen, bestehen die anderen 50 Prozent zu einem grossen Teil aus Facharbeitern und Menschen, die die Chance des Arbeitskräftemangels in der Bundesrepublik ausnutzen, um nach dem Westen überzusiedeln. Und auch unter den Jugendlichen ist es nur zu einem Teil die Furcht vor der Einberufung in eine sowjetische Satellitenarmee, zum anderen die

in der gegenwärtigen Hochkonjunktur liegende Anziehungskraft des Westens.

Was aber jetzt eindeutig ausserdem zu wirken beginnt, sind die nach der Genfer Konferenz und der Moskareise Adenauers verfliegenen Illusionen über die Möglichkeit zur Wiedervereinigung. Das ist ein Motiv, das immer massgebender wird. Man beginnt die Realitäten zu erkennen, ein Vorgang, der durch die ungenährte kommunistische Propaganda für den Status quo noch beschleunigt wird. Dieser Umschlag der öffentlichen Meinung in der Zone reicht zweifellos weit über die Flüchtlinge hinaus. Erst dieser politische Hintergrund macht das Ausmass der Flüchtlingsbewegung voll verständlich.

Der ansteigende Flüchtlingsstrom muss als eine echte Aktion der zur politischen Untätigkeit verurteilten Menschen in der Zone gewertet werden; bei der Bevölkerung in der Zone, bei den sowjetzonalen Machthabern, aber auch in der Bundesrepublik. Zweifellos sind die Konsequenzen für die Zonenmachthaber besonders schwerwiegend. Die Abwanderung von Facharbeitern muss die Wirtschaftspläne der Zone noch mehr durcheinanderbringen, die bereits heute durch die unrentable Produktion schwer getroffen sind. Aber auch in der Bundesrepublik sollte man die Zeichen der Zeit erkennen und begreifen, welche Folgen es auf die Dauer haben muss, durch Nachlässigkeit und mangelnde Aktivität bei der Gestaltung einer auf Gesamtdeutschland gerichteten Politik den Menschen in der Zone neues Vertrauen zu geben. Mangelndes Vertrauen kann zweierlei Folgen haben. Solange es sich in der Flucht nach dem Westen äussert, ist es politisch nicht einmal so tragisch. Wenn aber dieses Vertrauen so ins Wanken geraten würde, dass man Bonn nicht mehr die Position eines überzeugten Treuhänders einer gesamtdeutschen Politik zubilligt, dann wäre die Wiedervereinigung durch deutsche Mitschuld auch von innen her gefährdet.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau

Kommunique

Am 1. und 2. Oktober 1955 tagten in Bonn die Führungsgremien der SPD: Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission.

Am Sonnabendnachmittag sprach der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, zur ausser- und innenpolitischen Situation nach den Moskauer Vereinbarungen. Über den Grundgedanken seiner Ausführungen wurde bereits am Sonnabend berichtet. Die Haltung der Bundestagsfraktion in der Frage der Moskauer Vereinbarungen fand die einmütige Zustimmung der Führungsgremien.

Im Mittelpunkt der Sitzung am Sonntagvormittag stand ein Bericht des parlamentarischen Sekretärs der Bundestagsfraktion, Dr. Walter Menzel, über die sozialdemokratische Wirtschafts-Sozial- und allgemeine Innenpolitik.

Menzel gab einen umfassenden Überblick über die gegenwärtige und künftige Aktivität der Partei auf diesen Gebieten. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion werde in der zweiten Hälfte des Bundestages eine vermehrte Anstrengung machen, um endlich die Regierung und ihre Mehrheit zu zwingen, auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik die längst überfälligen Reformen durchzuführen. In dieser Richtung liegen auch die Anträge, die die Fraktion eingebracht hat und die Menzel im einzelnen erläuterte. Eine entscheidende Frage sei, dass die massgebenden Männer der Bundesregierung bei der Lösung dieser Frage den Versuch machten, vom Grundsatz des Rechtsanspruches auf die Rente überzugehen auf das Prinzip des Bedürfnisananspruches. Es sei aber die dringendste Aufgabe, alle Menschen frei zu machen von der Angst um ein schweres oder gar untragbares persönliches Schicksal an ihrem Lebensabend, wenn sie krank oder arbeitsunfähig sind.

Menzel gab eine Übersicht über die auf diesem Gebiet von der Sozialdemokratie angestrebten Massnahmen wie die Erhöhung der allgemeinen Renten und der Renten aus dem Lastenausgleichsgesetz um 12,5 %, der Kriegsoffizierrenten um 20 bis 25 %, die Lohnweiterzahlung für erkrankte Arbeiter und anderes mehr. Angesichts des ungeheuren Vermögenszuwachses der Rentenversicherungsanstalten und der allgemeinen Situation der öffentlichen Kassen seien diese Forderungen durchaus zu verwirklichen.

Menzel setzte sich schliesslich nachdrücklich für eine angemessene Anpassung des Lohnanteils an die ausserordentlich starke Steigerung des Sozialproduktes ein und erläuterte die von der SPD vorgeschlagene Senkung einzelner Verbrauchssteuern und der Einkommensteuer für bestimmte Einkommensgruppen. Bei einer generellen Umsatzsteuersenkung von 1 % wisse man nicht, wie weit sie sich bis auf den Verbraucher auswirke, da eine entsprechende Kontrollmöglichkeit nicht bestünde.

Über die Situation am Beginn des letzten Abschnittes der grossen politischen Auseinandersetzung an der Saar vor der Abstimmung über das Saarstatut sprach der Bundestagsabgeordnete Herbert Wehner.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes wird am 14. 10. 1955 in Hannover stattfinden, und zwar in Verbindung mit einer Feier aus Anlass des 60. Geburtstages von Kurt Schumacher am 13. 10. 1955, nachmittags 17.30 Uhr am Grabe des Verstorbenen. Am 14. 10. 1955 abends ist eine Veranstaltung in Hannover vorgesehen, bei der des 10. Jahrestages des Wiederbestehens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gedacht werden wird.

+ + +